

Kahla, den 28. April 2001

Gegendarstellung der BIG – Bürgerinitiative (gegen überhöhte Abgaben) Kahla und Umgebung e. V.

Am Freitag, dem 27. April, wurde in der OTZ der Artikel Im Wasserverband Kahla spitzt sich Finanznot zu veröffentlicht, in welchem den Bürgern im Verbandsgebiet mit erneuten und erhöhten Belastungen gedroht wird, sollte die seitens des Wasser- und Abwasserverbandes Kahla (WAV) und einiger Regionalpolitiker angestrebte Fusion mit dem benachbarten Verband Holzland nicht bald zustandekommen.

Die Bürgerinitiative (gegen überhöhte Abgaben) Kahla und Umgebung e. V. (BIG), die sich als Mitglied der von Hans-Peter Perschke, Chef der beiden überschuldeten Wasserverbände Holzland und WAV, angegriffenen Pro-Jena-Fraktion versteht, stellt hiermit folgendes richtig:

1. Falsch ist es, den Eindruck erwecken zu wollen, daß die Pro-Jena-Fraktion eine Minderheit im Verbandsgebiet darstellt.
Richtig ist, daß mit den Beschlüssen zu alternativen Fusionskonzepten in Orlamünde, Kahla, Lindig sowie in Klein- und Großpürschitz deren Gemeindevertreter und Stadträte die absolute Bevölkerungsmehrheit vertreten und damit deren Willen für ein angemessenes und berechenbares Beitrags- und Gebührenniveau auf langfristiger Basis zu realisieren suchen.
2. Falsch ist zu behaupten, daß es in der Pro-Jena-Fraktion keine Bewegung gäbe. Richtig gewesen wäre die Aussage, daß sich immer mehr Gemeindevertreter, Stadträte und unzählige Bürger täglich aufopferungsvoll und ausschließlich in ihrer Freizeit dafür einsetzen, daß der am 12. Juli 2000 gefaßte, einstimmige Verbandsbeschluß Prüfung der Fusion mit mehreren Zweckverbänden umgesetzt wird. Wie vom Gesetzgeber vorgeschrieben und gemäß allgemein anerkannter Praxis, müssen auch im vorliegenden Fall mehrere Angebote geprüft werden, ehe ein fundierter Fusionsbeschluß überhaupt gefaßt werden darf. Obwohl der o. g. Beschluß sogar bei der Landesregierung bekannt ist (Zitat Innenminister Köckert am 22. 3. 2001: Es sind zwar Beschlüsse gefaßt worden, ein neues Strukturkonzept zu erarbeiten, die aber nicht umgesetzt wurden. Das geht seit Mitte vorigen Jahr, wenn nicht gar seit Frühjahr, so.), müssen wir feststellen, daß er seitdem von einigen Verbandsräten, Kommunalpolitikern sowie von der Kommunalaufsicht aktiv und massiv torpediert wird.
3. Falsch ist die Aussage, daß das geforderte zweite Fusionskonzept von WAV oder ZWA Holzland finanziert werden müßten.
Richtig dagegen ist, daß die dafür erforderlichen Mittel bereits seit Monaten beim Wasser- und Abwasserverband Jena (WAJ) bereitstehen.
4. Falsch ist die Feststellung, daß die Finanzhilfe des Landes für das Jahr 2001 auf Grund der Abweichung vom Konsolidierungskonzept gestrichen wurde.
Richtig ist, daß nach Angaben aus Innen- und Umweltministerium das Land diese Streichung vorgenommen hat, da wegen der stark überhöhten Gebührensätze des WAV eine zusätzliche Finanzhilfe wirtschaftlich nicht mehr notwendig sei.
5. Falsch ist es, den Anschein zu erwecken, daß zum einen die angedrohte Gemeindeumlage von ca. 250 DM pro Einwohner schon beschlossen wäre und zum anderen die Kommunen einem solchen Beschluß sei es durch den WAV

oder einmal mehr auf dem Wege der Ersatzvornahme durch die Kommunalaufsicht schutzlos ausgeliefert wären.

Richtig ist festzustellen, daß es der WAV in den zurückliegenden Jahren und bis einschließlich 1999 versäumt hat, eine nach dem Kommunalrecht angemessene, Gemeindeumlage jährlich zu beschließen. Durch dieses Versäumnis, gegen das auch die Kommunalaufsicht nicht rechtzeitig eingeschritten ist, haben sich nun die Schulden angehäuft.

Richtig ist weiterhin, daß nun gegen einen derartigen Beschluß alle Rechtsmittel mit guten Erfolgsaussichten offenstehen, da im WAV Kostendeckungs, Äquivalenz- und Verhältnismäßigkeitsprinzip nicht gewährleistet sind.

6. Falsch ist schlußendlich auch zu behaupten, daß das Land eine alternative Fusion teurer käme. Dies steht zum einen offenkundig im Widerspruch zu der Tatsache, daß bisher eine alternative Konzeptrechnung verhindert wurde, und zum anderen die angeführte Überschlagsrechnung nicht berücksichtigt, daß die etwaige Fusion WAV Holzland auf Jahre hinaus weiterhin Finanzhilfe vom Land benötigt. Eine Fusion mit einem leistungsstarken Verband, beispielsweise dem WAJ, benötigt jedoch keine jährlichen Finanzspritzen mehr.

Wir wollen an dieser Stelle keine Spekulationen, sondern fordern endlich die Rechnung eines alternativen Fusionskonzeptes!

Die Bürgerinitiative (gegen überhöhte Abgaben) Kahla und Umgebung e. V. wehrt sich gegen alle Versuche, sie als Schuldige der aktuellen Misere des WAV hinzustellen. Sie setzt sich für alle nicht nur für ihre Mitglieder u. a. dafür ein und sie ruft alle Bürger auf, uns dabei zu unterstützen, daß Firmen und Bewohner dieser Region wieder vertretbare Gebühren und Abgaben zahlen können. Das ist jedoch weder mit dem WAV, noch in einem etwaigen Verband Holzland möglich!

Im Auftrag der BIG

Frank Bernhardt.
- Pressesprecher -